



Wahlen in den Philippinen

von Katharina Wilkin / Michael Reckordt ¹

Am 10. Mai wird in den Philippinen gewählt: Präsident, Senat und das Repräsentantenhaus stehen zur Wahl. Der folgende Artikel aus dem Philippinenbüro gibt einen Überblick über die Situation. Es beschränkt sich in seiner Arbeit jedoch nicht auf Berichterstattung von deutschen Schreibtisch. VertreterInnen des philippinenbüros werden in in Kooperation mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) mit zwei Wahlbeobachtungsteams philippinische Gruppen vor Ort in ihren Bemühungen um faire Wahlen unterstützen. Regelmäßige Informationen der Wahlbeobachter gibt es unter www.blog.asienhaus.de.

Knapp 51 Millionen registrierte Wähler können am 10. Mai ihre Stimme abgeben. Die Wahlen polarisieren und emotionalisieren die philippinische Gesellschaft in überdurchschnittlichem Maße. Der Abgang der gegenwärtigen Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo wird nicht nur von emanzipatorischen und progressiven Kräften herbeigesehnt, sondern ist auch von den Parteien der Mitte, der Wirtschaft und von Seiten der katholischen Kirche deutlich erwünscht. Nach neunjähriger Amtszeit verbietet die Verfassung GMA, wie die Präsidentin umgangssprachlich genannt wird, wiedergewählt zu werden. Angesichts Korruption, Nepotismus, politischen Morden und Wahlfälschungen, wie etwa bei der „Hello Garci“-Affäre, die ihr im Jahr 2004 die Präsidentschaft sicherte, sowie einer ausufernden „Sicherheits“gesetzgebung erhält das jetzige Arroyo-Regime von der Bevölkerung sehr niedrige Zustimmungsraten und wird sogar von manchen als schlimmer als die Marcos-Diktatur eingestuft. Die Wahlbehörde COMELEC geht daher von einer hohen Wahlbeteiligung von über 80% aus, um den zukünftigen Präsidenten zu wählen. Auch circa 500.000 Filipin@s, die im Ausland leben und arbeiten, werden sich per Briefwahl oder Urnengang in den Botschaften an den Wahlen beteiligen.

Präsidentin Arroyos letzte Amtszeit?

Trotz einer immer breiter werdenden Opposition wird erwartet, dass Präsidentin Arroyo und ihre SympathisantInnen bei den kommenden Wahlen mit allen Mitteln versuchen werden, gewisse Machtpositionen weiter zu besetzen. Schon im letzten Jahr hatte Arroyo probiert, über eine Verfassungsänderung ihre Amtszeit zu verlängern, ist mit dem aber allzu offensichtlichen Versuch der Machterhaltung an öffentlichen Protesten und dem Senat gescheitert. Allerdings könnte GMA durchaus ein Interesse an einem Scheitern der Wahlen haben, denn so würde Arroyo, wenn auch nur vorerst, weiter im Amt bleiben und könnte die angestrebte Verfassungsänderung doch noch verwirklichen. Als möglicher Grund des Scheiterns gelten landesweite Stromausfälle, die die Wahlen behindern könnten oder das Versagen der zum ersten Mal eingesetzten elektronischen Wahlmaschinen.

Die Präsidentschaftskandidaten

Sollten die Wahlen allerdings wie geplant durchgeführt werden, gilt Benigno „Noynoy“ Aquino als Favorit, der Sohn der ersten Präsidentin nach Marcos und Demokratieikone Cory Aquino und dem Oppositionspolitiker zu Marcos-Zeiten, Ninoy Aquino. Mehr als ein Drittel der WählerInnen würden ihn nach aktuellen Umfragen wählen. Noynoy Aquino steht vor allem für eine starke Korruptionsbekämpfung und will die von Arroyo verursachten Skandale aufarbeiten. Mit sechs bis zehn Prozentpunkten dahinter folgt Manuel „Manny“ Villar, der als Selfmade-Millionär aus ärmlichen Verhältnissen Tondos kommend vor allem eine Politik für die Armen propagiert. Für eine ähnliche Politik wirbt auch der ehemalige Präsident Joseph „Erap“ Estrada, den immerhin jeder fünfte WählerIn die Stimme geben würde. Der Kandidat der Administration Arroyos, Gilberto Teodoro, liegt derweil weit abgeschlagen, wie weitere fünf KandidatInnen, denen keine Chancen auf den

¹ Michael Reckordt ist Geschäftsführer des Philippinenbüros im Asienhaus, Katharina Wilkin arbeitet zur Zeit als Praktikantin im Philippinenbüro.

Gewinn der Präsidentschaftswahl eingeräumt werden.

Das Wahlsystem der Philippinen

Neben dem Präsidenten wird auch dessen VertreterIn direkt vom Volk gewählt. Das Rennen um diesen Posten fällt laut Umfragen wesentlich deutlicher zu Gunsten Manuel Roxas aus. Er liegt mit einem zweistelligen Prozentpunkt-Vorsprung vor Loren Legarda. Darüber hinaus werden auch zwölf von vierundzwanzig SenatorInnen und die 265 VertreterInnen des Repräsentantenhauses direkt gewählt, wovon allerdings 57 über so genannte Parteilisten einen Sitz bekommen.

Das aus der amerikanischen Kolonialzeit geerbte Wahlsystem hat sich über Jahrzehnte kaum verändert. Über das Präsidenten- und Vizepräsidentenamt wird direkt und nach dem Mehrheitswahlrecht abgestimmt, damit können schon relativ geringe Stimmenzahlen zum Sieg führen. So ist Fidel Ramos im Jahr 1992 zum Beispiel nur mit 23 Prozent der Stimmen gewählt worden. Ein Teil der politischen Kultur in den Philippinen besteht daraus, dass Demokratisierungsbestrebungen im Spannungsverhältnis mit Partikularinteressen auf nationaler und lokaler Ebene stehen. Einige wenige Politiker-Familie gelten seit Jahren als politische Elite und besetzen oftmals Positionen vom Bürgermeisteramt bis zum Repräsentantensitz aus den eigenen Reihen.

Insgesamt gibt es ein Zweikammersystem, das aus dem Senat (24 Sitze) und dem Repräsentantenhaus (265 Sitze) besteht. Letzteres setzt sich aus Abgeordneten der Wahlkreise und zu ca. zwanzig Prozent aus Vertretern marginalisierter Gruppen zusammen, wobei diese als einzige über Parteilisten gewählt werden.

2010 werden zum ersten Mal auf nationaler Ebene automatische Wahlmaschinen eingesetzt. Deren Einsatz wird von vielen ExpertInnen begrüßt, denn statt wie früher vierzig Tage, soll nun mit Hilfe der sogenannten POCS (Precinct Count Optical Scan) die Stimmenauszählung in zwei Tagen möglich gemacht werden. Die Wahlbehörde COMELEC senkte allerdings im April diesen Jahres die Erwartungen tatsächlich schon nach zwei Tagen die GewinnerInnen präsentieren zu können.

Gewaltbereitschaft vor und während der Wahlen

Obwohl die automatisierten Wahlmaschinen den Wahlbetrug einschränken sollen, besteht weiter-

hin das Risiko der Wahlfälschung. So können die POCS weder Bestechung, Stimmenkauf noch Wahl bezogene Gewalt verhindern. In der Vergangenheit ist es immer wieder zu politisch motivierter Gewalt gekommen. So starben laut Polizeiangaben während der Wahlen 2001 1.111 Menschen, 2004 186 Menschen und 2007 126 Menschen. Trotz 126 Toter sprachen Regierung, Polizei und Wahlbehörde von „relativ friedlichen Wahlen“ im Jahr 2007. Dabei ist die Zahl der Gewaltfälle mit Schusswaffengebrauch seit 1995 von 26 auf 128 im vorletzten Jahr stetig gestiegen. Erste Gewalttaten, die in Verbindung zu den Präsidentschaftswahlen stehen, fingen schon Ende 2008 an und werden sich erfahrungsgemäß bis Mai 2010 noch steigern. Bisheriger erschütternder Höhepunkt war das Maguindanao-Massaker im November 2009. 57 Menschen, darunter viele Angehörige und AnhängerInnen des Politikers Ismael Mangudadatu sowie zahlreiche JournalistInnen, wurden auf dem Weg zur Registrierung für die Gouverneurswahlen 2010 von Mitgliedern des Ampatuan-Clans erschossen, um damit die Aufstellung des Gegenkandidaten zu verhindern. Bis Mitte März 2010 sind bereits mehr als 90 Menschen in Zusammenhang mit den Wahlen umgebracht worden. In Verbindung mit der allgemein schon stark problematischen Situation bei den Menschenrechten – seit der Amtübernahme von GMA 2001 wurden laut Menschenrechtsorganisation KARAPATAN über 1.100 Menschen Opfer von politischen Morden, mehrere Hundert von „enforced disappearances“, Tendenz der letzten Monate, nach einem vorübergehenden Rückgang 2007, ist leider wieder steigend – muss allgemein von einer weiteren Zunahme an politisch motivierter Gewalt im Vorfeld der Wahlen gerechnet werden. ExpertInnen befürchten bereits, dass diese Wahlen zu den Blutigsten der Geschichte werden könnten.

Gewaltgefährdung an „Election Hot-spots“

Es treten vor allem während der Wahlen die strukturellen Hintergründe, insbesondere im Hinblick auf das Klima der Rechtlosigkeit und Straflosigkeit, deutlich zu Tage. In einem „Election Hot-Spot“, d.i. ein Ort, der aufgrund der politischen Konstellationen und Personen als gewaltgefährdet angesehen wird, kann die Gewalt verschiedene Stadien durchlaufen. Von der subtilen Erzeugung von Angstgefühlen – die Erzeugung eines Bedrohungsszenarios durch kommunistische Rebellen oder extremistische TerroristenInnen, über direktere Einschüchterungsmaßnahmen – bewaffneter

Stimmenkauf, das Errichten von Sperren, Störung des Verkehrs, bis hin zu „no vote, gabut“ – die Androhung der Vertreibung von Haus und Land eines sich zur Wahl stellenden Großgrundbesitzers, falls dessen KandidatIn nicht gewinnt, gibt es unterschiedliche Stadien der Gewalt. Ebenfalls werden bewaffnete Gruppen und Privatarmeen, bis hin zu Einheiten staatlicher Sicherheitskräfte von lokal einflussreichen Personen in ihre Gewaltstrategien mit einbezogen. Die *Philippine National Police* (PNP) zählte Ende März bereits 571 der 1634 Städte zu den „Election Hot-Spots“, in denen es schon drei Monate vor den Wahlen zu politisch-motivierten Gewaltausbrüchen kam. Die höchste Gewaltbereitschaft besteht in Teilen Mindanaos und Metro Manila. Nach Angaben der PNP gibt es dort die höchste Anzahl an bewaffneten Privatarmeen.

Während der Wahlen werden die Karten neu gemischt, und ein teils raubtierhaftes Verhältnis politischer Eliten oder verschiedener Gewaltakteure zu den mit dem Wahlsieg verbundenen Ressourcen kommt zum Tragen. So kommt es zu einer massiven Mobilisierung auf verschiedenen Ebenen, die auch als die „sieben Ms“ bezeichnet werden: Sie lauten „Money“ (Geld), „Machine“ (die Kontrolle über ein umfangreiches Netzwerk von politischen Allianzen), „Marriage“ (z.B. eine Hochzeit mit einer bekannten und vom Volk geliebten Persönlichkeit), „Media/Movies“ (eine vorherige Karriere als Filmschauspieler oder TV-Moderator), Myth (ein kräftiger Mythos, z.B. über

das Kriegsheldentum eines bedeutenden Familienmitglieds, kann sogar eine ganze politische Familie jahrzehntlang begleiten) oder Mergers (Verbindungen zwischen verschiedenen Kandidaten, politischen Klans, Unternehmern etc) und last but not least „Murder“ oder „Mayhem“ (die politische Strategie des gezielten Mords oder Chaos, z. B. beim Maguindanao-Massaker).

In den meisten Fällen findet die Gewalt auf der lokalen Ebene statt. Hieran zeigt sich die Bedeutung der direkten Kontrolle über die Stimmen der Wählenden – nicht nur für die lokalen Kämpfe sondern auch für die verbündeten nationalen KandidatInnen (vgl. Philipp Bück (2008) VOLLSTÄNDIGER TITEL?). Besonders auf nationaler Ebene ist die Politik sehr personalisiert und wenig parteigebunden. Wahlkämpfe werden anhand der Kandidaten und vorhanden finanziellen Mitteln gemacht und nicht aufgrund von Parteiprogrammen.

Das philippinenbüro wird aus diesem Grund, in Kooperation mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), mit zwei Wahlbeobachtungsteams philippinische Gruppen vor Ort in ihren Bemühungen um gerechte und faire Wahlen unterstützen. Wer Interesse an weiteren Informationen hat, kann sich über <http://blog.asienhaus.de> weiter informieren.

Quelle: Asienhaus-Rundbrief, 4/2010, 26.4.2010 (www.asienhaus-rundbrief.de)

Herausgeber:
Asienstiftung, Bullmannaue 11, 45327 Essen
Tel.: 0201-8303838 – Fax: 0201-8303830
www.asienstiftung.de - asienstiftung@asienhaus.de

Weiterverwendung unter Angabe der Quelle erwünscht.